

# Bern



**Berner Rosengarten**  
Roger Fridelances Bähni-Idee  
kommt nicht gut an. 19

## Aufrüsten, aber mit Augenmass

Gepäckbeschränkungen und mobile Fahrzeugsperren: Open-Air-Festivals und Konzertveranstalter reagieren auf die terroristische Bedrohung. Die Massnahmen sollen das Wohlbefinden der Gäste aber möglichst nicht schmälern - und finanziell tragbar sein.



Kontrolle beim Eingang zum Gurtenfestival im Jahr 2014. Foto: Tobias Anliker

**Fabian Christl**

Da kann einem die Lust am Feiern beinahe vergehen: Terroranschläge in London und Manchester, Terrorwarnung am deutschen Rock am Ring, Massenpanik - wohl aus Terrorangst - am Public Viewing in Turin. Und gerade das letzte Beispiel zeigt: Die Macht des Terrors zeigt sich nicht nur in der Zahl der Opfer, sondern auch im Gefühl ständiger Bedrohung. So wird wohl so mancher Besucher des zurzeit stattfindenden Greenfield-Festivals mit einem leicht mulmigen Gefühl nach Interlaken reisen.

Um die Sicherheit - und auch das subjektive Sicherheitsempfinden - zu erhöhen, haben die Veranstalter Massnahmen getroffen. «Alle Taschen, Koffer, Rucksäcke, die grösser als A4 sind, dürfen nicht ins Konzert-/Partygelände mitgenommen werden», teilten sie mit. Zudem müssen Besucher mehr Zeit für den Einlass einberechnen, weil die Sicherheitskontrollen «mit erhöhter Sorgfalt» durchgeführt würden.

**Keine Sturmgewehre**

Die Organisatoren des Greenfield-Festivals sind nicht die Einzigen, welche aufgrund der jüngsten Ereignisse die Sicherheitsvorkehrungen verstärkt haben. Wer etwa am 15. Juni Justin Bieber im Stade de Suisse zujubeln will, muss

sämtliche grösseren Gepäckstücke abgeben. «Erlaubt sind nur Bauchtaschen und Handtaschen, die das A5-Format nicht übersteigen», sagt André Bécher, CEO und Gründer des Konzert-Veranstalters ABC-Production. Die Regelung gelte auch für künftige Konzerte wie

**«Taschen, die grösser als A4 sind, dürfen nicht aufs Gelände.»**

Veranstalter Greenfield-Festival Interlaken

etwa den Auftritt von Céline Dion am 15. Juli, ebenfalls im Stade de Suisse.

Auch kleinere Festivals reagierten auf die jüngsten Vorkommnisse. Beim Stars of Sounds in Aarberg wird man mit mobilen Sperren verhindern, dass Fahrzeuge aufs Gelände gelangen, wie Festivalleiter Marc Zahnd auf Anfrage sagt. Auch Zahnd rät den Besuchern, auf grosse Gepäckstücke zu verzichten. «Wir verbieten diese zwar nicht, aber es

macht die Gepäckkontrolle für die Besucher mühsamer.» Generell gelte es auch bei der Sicherheit abzuwiegen. «Polizisten mit Sturmgewehr beim Eingangsbereich würden etwa die Besucher mehr verängstigen als beruhigen.»

**Es geht auch ums Geld**

Ähnlich sieht es auch Simon Halde, Medienverantwortlicher des Gurtenfestivals. «Wir wollen die Leute nicht verunsichern, sondern ihnen Sicherheit geben», sagt er. Schliesslich sollten die Gäste das Festival auch noch geniessen können. «Wir haben etwa bewusst auf ein Gepäckverbot verzichtet.» Auf die leichte Schulter nehme man die Sicherheit aber auch auf dem Gurten nicht. «Unsere Einlasskontrollen sind seit Jahren ausgiebiger als bei anderen Festivals.» Man stehe zudem in regem Kontakt mit der Polizei.

Auch die Organisatoren vom Bernisch-Kantonalen Schwingfest in Affoltern, das Anfang Juli stattfindet, verzichten vorerst auf zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen. «Wenn sich die Sicherheitslage ändert, werden wir Massnahmen ergreifen», sagt Martin Ryser, der Sicherheitsverantwortliche des Schwingfests. Angedacht sei etwa, dass die Polizei mit Spürhunden am Tag vor dem Anlass das Areal absuche. «Letztlich ist es aber auch eine Kostenfrage.»

Sicherheitsvorkehrungen

**«Risiken können minimiert werden»**

Der Sicherheitsexperte Beda Sartory vertraut den Veranstaltern, dass sie die nötigen Sicherheitsvorkehrungen treffen. Besuchern rät er, Ungewöhnliches zu melden.

**Interview: Fabian Christl**

**Herr Sartory, in der Schweiz gab es noch nie einen Terroranschlag. Dennoch gehen viele mit einem mulmigen Gefühl an Grossanlässe. Ist das nicht irrational?**

Diese feigen Terroranschläge machen uns betroffen und lösen Ängste aus. Es ist verständlich, dass bei vielen Menschen ein mulmiges Gefühl aufkommt und sie verunsichert sind. Das Terrorrisiko ist auch bei uns in der Schweiz vorhanden, wenn auch nicht in gleichem Umfang wie in andern grösseren europäischen Staaten. Trotzdem hätte ich nicht speziell Angst, an einem Grossanlass teilzunehmen. Ich vertraue darauf, dass die Veranstalter die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen treffen.

**Bei den Massnahmen geht es in erster Linie um subjektives Sicherheitsempfinden. Attentäter finden doch immer eine Möglichkeit.**

Richtig, die absolute Sicherheit gibt es nicht. Durch gezielte Massnahmen können aber die Risiken reduziert werden. Auch potenzielle Täter nehmen eine Beurteilung vor und schätzen das Risiko genau ein, ob sie an der Tat gehindert werden oder ihre Ziele nicht erreichen.

**Zu welchen Massnahmen rieten Sie etwa einem Open-Air-Festival?**

Wichtig ist, dass genügend gut geschultes Personal vorhanden ist. Dieses muss in der Lage sein, verdächtige Personen zu erkennen. Auch Grössenbeschränkungen beim Gepäck sind sinnvoll. Die Veranstalter sollten in jedem Fall unter Beizug der öffentlichen Sicherheitsorgane Polizei, Rettungsdienst und Feuerwehr ein Sicherheitskonzept erstellen. Darin muss die Zusammenarbeit mit den öffentlichen Sicherheitsorganen im Fall eines Ereignisses enthalten sein.

**Gibt es auch ein Zuviel an Sicherheitsmassnahmen?**

Man kann durchaus übertreiben. Die Kunst besteht darin, die Risiken richtig

einzuschätzen und die richtigen und zweckmässigen Massnahmen zu treffen. Als Besucher eines Grossanlasses darf ich erwarten, dass ein verantwortungsbewusster Veranstalter dies professionell gemacht hat.

**Während des Champions-League-Finals kam es in Turin zu einer Massenpanik. Können Sicherheitsvorkehrungen so etwas verhindern?**

Ja, auf jeden Fall. Auch dafür gibt es Richtlinien und Hilfsmittel. Diese sind nicht erst seit der verheerenden Massenpanik 2010 an der Loveparade in Duisburg bekannt. Sie werden aber leider von den Veranstaltern nicht immer genügend ernst genommen.

**Grossveranstalter argumentieren mit dem Wohlbefinden der Gäste gegen zusätzliche Massnahmen. Aber geht es letztlich nicht einfach ums Geld?**

Es trifft sicher beides ein Stück weit zu. Sicherheit kostet Geld, ist aber notwendig. Das Sicherheitsbewusstsein und



**Beda Sartory**

Der Gründer der «GU Sicherheit und Partner» berät Behörden und Unternehmen in Sicherheitsfragen.

das Verständnis für Sicherheitsmassnahmen sind aber gestiegen. Unverändert geblieben ist aber die Verantwortung des Veranstalters. Das sollte nie vergessen werden.

**Was raten Sie Besuchern von Grossveranstaltungen?**

Sie sollten aufmerksam sein, Ungewöhnliches melden, eigenverantwortlich handeln. Wer aber persönlich Angst hat, sollte solche Anlässe meiden.

**Der ETH-Experte Mauro Mantovani empfahl im SRF-«Club», bei Grossanlässen immer die Situation zu analysieren, Notausgänge im Blick zu halten, die Umgebung nach unbeaufsichtigten Gegenständen abzusuchen und Personen, die sich seltsam verhalten, im Blick zu behalten. Was halten Sie davon?**

Das ist völlig richtig.

## Kostenstreit bei den Kesb verschärft sich

Köniz beschwert sich erneut und verlangt vom Kanton mehr Geld für den Kindes- und Erwachsenenschutz. Weitere Gemeinden werden folgen.

**Adrian Schmid**

Die Gemeinde Köniz ist beharrlich. Sie ist der Ansicht, dass sie nach wie vor zu wenig Geld vom Kanton erhält - für die Aufgaben, die sie im Auftrag der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (Kesb) erledigt. Der Gemeinderat hat daher entschieden, eine weitere Beschwerde einzureichen, wie er gestern mitteilte.

Im vergangenen Dezember hatte Köniz vor dem Verwaltungsgericht recht bekommen. Das Gericht kam zum Schluss, dass der Kanton gemäss Gesetz verpflichtet sei, den Gemeinden die ge-

samten Aufwendungen beim Kindes- und Erwachsenenschutz zu erstatten - was bisher nicht der Fall war. Die Gemeinden übernehmen für die Kesb verschiedene Aufgaben: Sie tätigen Abklärungen, führen Beistand- und Vormundschaften, vollziehen Massnahmen oder beaufsichtigen Pflegekinder und Tagesfamilien. Der Kanton sah den Fehler ein und zeigte sich bereit, die Entschädigungen sofort zu erhöhen.

**Köniz fordert über eine Million**

Zudem sollte Köniz rückwirkend für die Jahre 2013 bis 2015 mehr Geld erhalten. In diesem Zeitraum bezahlte der Kanton der Gemeinde jährlich rund 2,5 Millionen Franken, Köniz' Auslagen beliefen sich jedoch auf über 3 Millionen. Nun will der Kanton die Kommune für alle drei Jahre mit zusätzlichen 760 000 Franken entschädigen. Das ist ein Drittel von dem, was die Gemeinde fordert. Der Könizer Gemeinderat schreibt in einer

Mitteilung, er sei «befremdet» darüber, dass der Kanton nach wie vor «deutlich weniger» bezahlen wolle. Zudem ist der Gemeinderat «erstaunt», dass der Kanton die Erhöhung der Entschädigung «ohne Beizug der Gemeinden» festlegte. «Wir können unsere Ausgaben detailliert belegen. Das sind keine Luxuslösungen», sagt der Könizer Gemeinderat und Grossrat Thomas Brönnimann (GLP). Nach dem Verwaltungsgerichtsentscheid befinde sich der Fall nun im «Endspiel». Dieses ziehe sich jedoch in die Länge.

Laut Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP) ist es «legitim», dass Köniz nochmals Beschwerde erhebt - weil bei der Entschädigungshöhe Differenzen bestehen. Aufgrund des Urteils des Verwaltungsgerichts will der Kanton den Gemeinden, nicht nur Köniz, 11 Prozent mehr bezahlen. Als Grundlage für die Berechnung diene die Gebührenverordnung der Kantonsverwaltung. Neuhaus sagt, es handle sich um «Vollkos-

tentarife». Die neue Berechnungsart befindet sich derzeit in der Vernehmlassung, im Fall Köniz kam sie schon zur Anwendung. Neuhaus betont, man habe Durchschnittswerte verwenden müssen. Die Verhältnisse in Köniz seien nicht mit denen «in Gstaad oder Jegenstorf» vergleichbar.

**Regierung bewilligt mehr Geld**

Für die Jahre 2013 bis 2015 können neben Köniz keine weiteren Gemeinden die zu tiefen Entschädigungen anfechten. Die Verfügungen des Kantons sind bereits rechtskräftig. Anders sieht es für das Jahr 2016 aus. Köniz erwartet, dass auch diese «fehlerhaft und rechtswidrig» sein werden. «Der nächste Rechtsstreit zeichnet sich damit ab», heisst es in der Mitteilung des Gemeinderats.

Daniel Bock, Leiter der Sozialabteilung Ostermündigen und Co-Präsident der Berner Konferenz für Sozialhilfe sowie Kindes- und Erwachsenenschutz

(BKSE), rechnet auch mit Beschwerden aus anderen Kommunen. «Ich gehe davon aus, dass sich diejenigen Gemeinden wehren werden, deren Infrastrukturkosten nicht vollständig abgegolten werden.» Welche Gemeinden konkret Köniz folgen dürften, kann noch nicht gesagt werden. Zuerst müssen die Kommunen die Verfügungen erhalten. Das soll in den nächsten Tagen der Fall sein.

Der Regierungsrat hat bereits vorgesorgt: Er sprach Mitte Mai einen Zusatzkredit von 6,7 Millionen Franken, um weitere Forderungen aus den Gemeinden für das Jahr 2016 decken zu können. Gleichzeitig stellte die Regierung in Aussicht, dass für das laufende Jahr «vorausichtlich» ein Kesb-Nachkredit in ähnlicher Höhe anfallen wird. So steht es im Regierungsbeschluss geschrieben, der dem «Bund» vorliegt. Schon in den letzten Jahren konnten die Kesb ihr Budget nicht einhalten. Im Grossen Rat stiessen die Nachkredite jedes Mal auf Kritik.